



## Außerschulische Politische Lernorte

---

# Projektwerkstatt Lindenstraße 54

---

vorgelegt von:

Martin Düsedau

745101

[duesedau@uni-potsdam.de](mailto:duesedau@uni-potsdam.de)

Tim Linka

745855

[linka@uni-potsdam.de](mailto:linka@uni-potsdam.de)

Tobias Piltz

743725

[tpiltz@uni-potsdam.de](mailto:tpiltz@uni-potsdam.de)

---

# Inhaltsverzeichnis

---

1.	<b>Einleitung</b> .....	4
2.	<b>Vorstellung des Lernortes und seine Bedeutung im geschichtlichen Kontext</b> .....	4
2.1.1	Von der Erbauung bis zur NS-Diktatur .....	4
2.1.2	Die Lindenstraße 54/55 in der Zeit des Nationalsozialismus .....	5
2.1.3	Die Lindenstraße 54/55 als sowjetisches Geheimgefängnis .....	6
2.1.4	Das „Lindenhotel“ als Untersuchungsabteilung und Haftanstalt des MfS .....	7
2.1.5	Die Zahl der Häftlinge von 1951-1988 .....	7
2.1.6	Haftbedingungen in der Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung Potsdam des MfS ..	8
2.1.7	Die Lindenstraße 54/55 von 1989 bis in die Gegenwart .....	11
2.2	<b>Inhaltsanalyse – Stasi und Republikflucht in der DDR</b> .....	11
2.2.1	Einblicke in das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) .....	11
2.2.2	„Republikflucht“ und Ausreise .....	12
3.	<b>Die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“</b> .....	14
3.1	Was ist die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“? .....	14
3.2	Angebote der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ .....	15
3.3	Die Organisation zum Besuch des außerschulischen politischen Lernortes .....	17
4.	<b>Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 im Kontext der Politischen Bildung</b> .....	18
4.1	Einordnung in den Rahmenlehrplan .....	18
4.2	Möglichkeiten der konkreten Umsetzung an einer exemplarischen Unterrichtssequenz .....	19
5.	<b>Bemerkungen zum Besuch der Lindenstraße 54/55</b> .....	22
5.1	Voraussetzungen zum Besuch der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 .....	22
5.2	Kritik und Verbesserungsvorschläge .....	22
5.3	Schlussbemerkung .....	23

---

## Abbildungsverzeichnis

---

Abb. 1: Lage der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 (Quelle: Google Maps) .....	5
Abb. 2: Gefängnishof und Freigangkomplex .....	9
Abb. 3: Fotozelle, Standartzelle.....	9
Abb. 4: Beim Fluchtversuch Getötete – „Mauertote“. (Quelle: Borbe: 2010, S.34) .	14
Abb. 5: Unterrichtssequenz - Allgemein .....	19
Abb. 6: Unterrichtssequenz - Erster Block.....	20
Abb. 7: Unterrichtssequenz - Zweiter Block .....	20
Abb. 9: Unterrichtssequenz - Zeitzeugengespräch .....	21
Abb. 8: Unterrichtssequenz - Projekttag.....	21

Wenn nicht anders gekennzeichnet, stammen die Bilder und Grafiken aus eigener Quelle.

„Wir haben die Freiheit ersehnt, sie hat uns angeschaut, wir sind aufgebrochen,  
und sie hat uns nicht im Stich gelassen.“

*Joachim Gauck (2009)*

## 1. Einleitung

Die vorliegende Hausarbeit beschäftigt sich mit der praxisnahen Auseinandersetzung des außerschulischen politischen Lernortes „Projektwerkstatt Lindenstraße 54“, welche bereits den Gegenstand eines Referats im Seminar „Außerschulische politische Lernorte“ darstellte.

Vollkommen unscheinbar mutet die Fassade der Lindenstraße 54/55 im Herzen von Potsdam an. Wer würde vermuten, dass hinter diesen Mauern über mehrere Dekaden und verschiedene Diktaturen hinweg schier unfassbare Gräueltaten von statten gingen. Die heutige Gedenkstätte versucht die Geschichte dieses Hauses aufzuarbeiten. Der Schwerpunkt der Facharbeit soll dabei in Hinblick auf die Unterrichtsumsetzung an allgemeinbildenden Schulen geführt werden. Damit der Rezipient auch ohne vorherige Kenntnisse des Lernortes die Informationen verarbeiten kann, soll ihm eine kurzgefasste Heranführung an den außerschulischen politischen Lernort behilflich sein, sich mit der Thematik auseinander zu setzen. Darüber hinaus wird versucht mittels verschiedener Fragestellungen sich dem Themenkomplex anzunähern. Insbesondere soll dabei Antwort auf die Frage gefunden werden: Welche Möglichkeiten bietet der vorgestellte Lernort? Welche organisatorischen Besonderheiten müssen beachtet werden? Wie könnte die konkrete Umsetzung einer Unterrichtssequenz aussehen? Abschließend soll eine kritische Analyse mögliche Problematiken aufdecken und verschiedene Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Unter der Berücksichtigung dieser und weiterer Fragestellungen besteht das Ziel der vorliegenden Arbeit nicht nur darin, einen theoretischen und praxisnahen Bezug zu dem Themenkomplex herzustellen, sondern ferner auch darin, den Rezipienten für die umfassende Problematik zu sensibilisieren und ihn anzuregen selbst darüber kritisch nachzudenken.

## 2. Vorstellung des Lernortes und seine Bedeutung im geschichtlichen Kontext

Inmitten der malerischen Altstadt Potsdams und nur einige Meter von der Fußgängerzone und Einkaufspassage *Brandenburger Straße* entfernt, befindet sich die heutige Gedenkstätte *Lindenstraße 54/55* in der gleichnamigen Straße. Für viele Besucher Potsdams, aber auch für viele Bewohner der Landeshauptstadt, ist unvorstellbar, was an Leid in diesem ehrwürdig aussehenden Haus mit rotbraunen Mauersteinen, geschah. Selbst wenige Besucher des großen Gebäudes mit der Nummer 54/55 in der Lindenstraße ahnen, an welchem geschichtsträchtigen Ort sie sich befinden (Wittenberg: 2000).

### 2.1.1 Von der Erbauung bis zur NS-Diktatur

Wie jeder Mensch besitzt auch jedes Haus eine Biographie und dieses eine besonders wechselhafte. Der circa 2000m<sup>2</sup> große und zum Teil sechsgeschossige Kom-

plex geht auf ein barockes Stadtpalais zurück, welches der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. 1733 bis 1737 als „Großes Holländische Haus“, im Zuge der 2. Stadterweiterung erbauen ließ (Schaare: 2000). Im Jahr 1738 erfolgte eine großzügige Schenkung des Hauses durch den König an die Stadtkämmerei Potsdam. Von 1809 bis 1808 diente der Komplex als Pferdelazarett der französischen Truppen und am 20. März 1809 tagte dort die erste Potsdamer Stadtverordnetenversammlung (Wittenberg: 2000). Ab 1820 zog das Stadtgericht mit Gefängnis ein und zum Ende des 19. Jahrhunderts das Amtsgericht. Das Gefängnis auf dem Hof des Anwesens wurde 1910 fertiggestellt, bestand aus Männer- und Frauengefängnis sowie Beamtenhaus und war zu dieser Zeit für die Unterbringung von 90 Häftlingen in 54 Einzelzellen und sechs Gemeinschaftszellen gedacht. Alle Etagen des Gefängnisses enthielten separate Sanitärbereiche und der für Frauen und Männer getrennt Hof ermöglichte einen geschlechtergetrennten Freigang (Schnell: 2005).

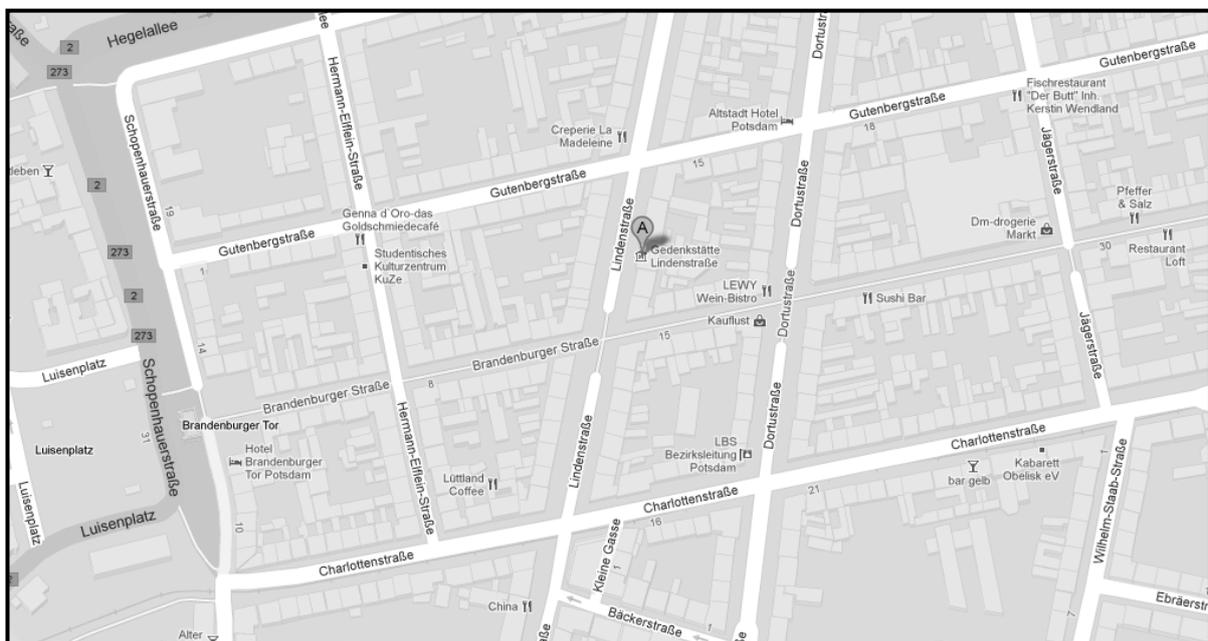


Abb. 1: Lage der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 (Quelle: Google Maps)

### 2.1.2 Die Lindenstraße 54/55 in der Zeit des Nationalsozialismus

Ein erstes finsternes Kapitel in der Geschichte der Lindenstraße 54/55 begann 1935 mit der NS-Diktatur, welche unter drei Gesichtspunkten mit der heutigen Gedenkstätte verknüpft ist: Zum einen diente das Gebäude als Erbgesundheitsgericht der Nationalsozialisten. Auf Grundlage des Gesetzes zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 wurde dort über Zwangssterilisierungen entschieden.<sup>1</sup> Die Urteile des Gerichts bestrafte Reichsbürger ebenso wie die jüdische Bevölkerung und Ausländer, die sich zu dieser Zeit in Deutschland aufhielten. Nach bisherigem Erkenntnisstand liegen die Zahlen der zwischen 1934 und 1944 verhandelten Zwangssterilisationsverfahren bei 4120.

<sup>1</sup> Ärzte mussten vermeintlich Erbkranken anzeigen und Sterilisierung beantragen.

Zum anderen wurde der Komplex bis Mitte Februar 1945 weiterhin als Amtsgericht mit angeschlossenem Gefängnis genutzt. Neben politischen Häftlingen, die Widerstand gegen das Regime geleistet hatten, waren auch eine große Anzahl an Zivil- und Zwangsarbeiter inhaftiert. Ein Teil der Inhaftierten gehörte zum Beispiel der Widerstandsgruppen Römer/Sachse/Uhrig, der Gemeinschaft für Friede und Aufbau, sowie Anton Saefkow und Werner Seelenbinder an, deren Todesurteile in Brandenburg vollstreckt wurden. Ebenfalls unter den Häftlingen befand sich auch eine kleine Anzahl jüdischer Einwohner aus Potsdam und Umgebung, die bewusst oder unbewusst gegen die antisemitische Gesetzgebung des NS-Regimes verstoßen hatten. Des Weiteren diente das angeschlossene Gerichtsgefängnis in den letzten Kriegsjahren als Untersuchungsgefängnis für die Angeklagten des Volksgerichtshofes (Fuchs: 2008).<sup>2</sup>

### *2.1.3 Die Lindenstraße 54/55 als sowjetisches Geheimgefängnis*

Nachdem Verbände der sowjetischen Streitkräfte am 27. April 1945 Potsdam eingenommen hatten, besetzte die Rote Armee auch das Potsdam Gerichtsgefängnis und ließ die Häftlinge frei. Während im Sommer 1945 die Potsdamer Konferenz gerade begonnen hatte, richtete der sowjetische Geheimdienst NKWD (später KGB) in der Lindenstraße das zentrale sowjetische Geheimdienst Untersuchungsgefängnis für das Land Brandenburg ein (Muench: 2011). Ab dem 20. Dezember 1945 begannen die Vorbereitungen zur Bestrafung der Kriegsverbrecher.<sup>3</sup> Das von den Nationalsozialisten als politisches Gefängnis missbrauchte Gerichtsgefängnis wurde nun erneut eine politische Haftanstalt (Wittenberg: 2000). Die Verfolgung von Naziverbrechen erfolgte nach §58 des sowjetischen Strafgesetzbuches, welcher allerdings häufig als Alibi für die allgemeine politische Verfolgung Andersdenkender in der sowjetischen Besatzungszone genutzt wurde. Wodurch in der Lindenstraße 54/55 wieder ideologische Willkür, Denunziation und politische Gewalt regierten (Muench: 2011). Belanglos, ob ein Mensch schuldig oder unschuldig war, galt es den vom Vernehmungsoffizier gemachten Vorwurf zu bestätigen. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass während der Zeit, in der die Lindenstraße 54/55 als sowjetisches Geheimdienstgefängnis genutzt wurde, 3.000 bis 5.000 Menschen inhaftiert waren. Die meisten an „Werwolf-Tätigkeit“, Spionage oder „antisowjetischer Hetze und Propaganda“ beschuldigten Insassen, wurden unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht und verhört. Um ein Geständnis der Gefangenen, auch bei Unschuld, zu erlangen, wurden die Verhöre in der Regel nachts durchgeführt. Durch den dauerhaften Schlafentzug und der dazukommenden physischen Gewalt unterschrieben die meisten Häftlinge ein Geständnis, welches sie nicht einmal lesen konnten, da es in russischer Sprache verfasst war, nur um endlich diesem Schrecken ein Ende zu setzen (Schüler: 2007). Viele von ihnen wurden zu Tode verurteilt oder zu 25 Jahren Zwangsarbeit in der Sowjetunion.

---

<sup>2</sup> Der Volksgerichtshof wurde zunächst teilweise, dann gänzlich von Berlin nach Potsdam ausgelagert.

<sup>3</sup> Kontrollratsgesetz Nr. 10.

#### 2.1.4 Das „Lindenhotel“ als Untersuchungsabteilung und Haftanstalt des MfS

Am 18. August des Jahres 1952 wurde der Komplex an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) übergeben. Ab diesem Zeitpunkt befand sich in der Lindenstraße 54/55 die Untersuchungsabteilung und Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam (Wittenberg: 2000). Während der folgenden 37 Jahre waren an diesem Ort eingesperrte Frauen und Männer den menschenrechtswidrigen Haftbedingungen und Verhörmethoden der DDR-Staatssicherheit schutzlos ausgesetzt. Im Volksmund wurde das Stasi-Gefängnis für den Bezirk Potsdam auch „Lindenhotel“ genannt. Etwa 7000 Menschen wurden hier bis zum Jahr 1989 als Untersuchungshäftlinge in kargen, engen Zellen eingesperrt, davon annähernd 1000 Frauen (Schnell: 2005), woraus sich für die gesamte Periode ein Durchschnittswert von 176 Gefangenen pro Jahr ergibt. Die meisten vorgehaltenen politischen Delikte waren: Spionage, Sabotage, Diversion, staatsfeindliche Hetze, Rowdytum, ungesetzlicher Grenzübertritt („Republikflucht“) sowie die Benachteiligung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeiten. Kriminelle Vergehen wurde nur einem kleinen Teil angelastet, manchmal wurden sie aber konstruiert, um von politischen Gründen abzulenken. Die Delikte „Republikflucht“ (1.965), „Spionage/Agententätigkeit“ (1.642) und „Staatsfeindliche Hetze“ (900) waren die häufigsten Vorwürfe und Gründe der Inhaftierung (Schnell: 2005, S. 149). Dementsprechend wurde der Paragraph 213 („Ungesetzlicher Grenzübertritt“) des Strafgesetzbuches der DDR am häufigsten angewendet. In Absatz 1 heißt es:

“Wer widerrechtlich die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik passiert oder Bestimmungen des zeitweiligen Aufenthalts in der Deutschen Demokratischen Republik sowie des Transits durch die Deutsche Demokratische Republik verletzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe oder mit Geldstrafe bestraft.“

#### 2.1.5 Die Zahl der Häftlinge von 1951-1988

Zu Beginn der 50er Jahre gab es überdurchschnittlich viele Inhaftierungen (1953: 574 Häftlinge). Gerade in Potsdam waren „Unbegründete Festnahmen“ und Verhaftungen ohne „stichhaltige Verdachtsmomente“ an der Tagesordnung. In zahlreichen Fällen, wurden Personen auf Grund von Namensverwechslungen oder nicht überprüfter Sachverhalte festgenommen. Im Jahr 1955 wurde der Chef der Vernehmungsabteilung abgesetzt, weil es zu Misshandlungen und physischer Gewalt gegenüber Häftlingen gekommen ist. In Folge der sowjetischen Entstalinisierungsdiskussion räumte die 3. SED-Parteikonferenz im März 1956 „Verletzungen der Gesetzlichkeit“ und „Willkür“ ein, was einen strafpolitischen Kurswechsel zur Folge hatte. Daraufhin wurden zahlreiche Häftlinge entlassen und es wurde auch insgesamt zurückhaltender verhaftet. Als Folge dessen, sank die Anzahl der Potsdamer MfS-Untersuchungshäftlingen in den Jahren 1957 und 1959 mit 94 bzw. 97 auf den niedrigsten Stand der Zeitspanne 1951-1988 (Schnell: 2005).

Im Zuge des Mauerbaus 1961 füllte sich das „Lindenhotel“ wieder deutlicher (195 Häftlinge), aber bereits 1962/63 flachte die Welle der Verhaftungen wieder ab. Mit durchschnittlich 134 Gefangenen pro Jahr in den 60er Jahren wurden weniger Menschen festgenommen, als noch eine Dekade zuvor (266 pro Jahr). In den beiden Jahrzehnten der Machtausübung Erich Honeckers (\* 25. August 1912; † 29. Mai 1994) stieg die durchschnittliche Zahl der Verhaftungen pro Jahr wieder an (70er Jahren: 137; 80er Jahren: 177). Trotz der Amnestie von 1972<sup>4</sup>, unter der auch einige Häftlinge der Lindenstraße fielen, waren die DDR Gefängnisse 1973 überfüllt. Unter Erich Honecker wurde häufiger verhaftet und schneller verurteilt als in den letzten Jahren von Walter Ulbricht (\* 30. Juni 1893; † 1. August 1973). Von dem Jahr 1983 auf das Jahr 1984 verdoppelte die Potsdamer Staatssicherheit die Zahl der Verhaftungen nahezu (von 125 auf 241). Mehr Häftlinge hatte es im Gefängnis seit 1954 nicht mehr gegeben (328). Zwar sank die Anzahl der Inhaftierten in den folgenden Jahren wieder leicht ab, stagnierte aber auf einem wesentlich höheren Niveau als in der zweiten Hälfte der 70er Jahre.

Schließlich wurde mit 269 Untersuchungshäftlingen im Jahr 1988 eine neue Rekordhöhe erreicht. Der Hauptdeliktswortwurf war neben dem Versuch des „ungesetzlichen Grenzübertritts“ die „Antragstellung auf ständige Ausreise“, für deren strafrechtliche Verfolgung vor allem die Strafgesetzbuchparagrafen 214 („Benachteiligung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeiten“), 219 („ungesetzliche ‚Verbindungsaufnahme‘“) und 220 („öffentliche Herabwürdigung“) herangezogen wurden (Borbe: 2010).

### *2.1.6 Haftbedingungen in der Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung Potsdam des MfS*

Die Grundprinzipien der Stasi-Untersuchungshaft waren Desorientierung, Isolation und permanente Überwachung. Bis zur Mitte der 60er Jahre bestanden die Zellenfenster aus gewöhnlichen Fensterflügeln hinter den Fenstergittern, welche zur Verhinderung einer freien Sicht mit Blenden versehen waren. Auf Grund von Baumaßnahmen wurden die Fensterflügel ausgebaut und die Fensteröffnungen mit zwei Wänden aus Glasbaustein verschlossen. Die äußere Glaswand hatte einen Luftspalt an der Fensteroberkante und die innere einen Luftspalt an der Fensterunterkante, wodurch frische Luft in die Zellen strömen sollte. Dies funktionierte allerdings nur in den kalten Jahreszeiten, was zur Folge hatte, dass es unerträglich kalt wurde und zog. In den Sommermonaten strömte dagegen kaum frische Luft in die Zellen, weil der geringe Temperaturunterschied zwischen innen und außen keine nennenswerte Sogwirkung erzeugte. Durch den Umbau der Fenster sollten Suizide durch Strangulation an den Gitterstäben verhindert werden. Wie viele Häftlinge sich in der Lindenstraße 54/55 das Leben nahmen, ist bis heute nicht bekannt (Schüler: 2007). Als Reaktion der Umbaumaßnahmen, dem Frischluftmangel und den engen

---

<sup>4</sup> Der Staatsrat der DDR veranlasste zum 23. Jahrestag der Staatsgründung am 6. Oktober 1972 die Entlassung von mehr als 30.000 Gefangenen (sowohl politische Häftlinge als auch wegen Kriminaldelikten Gefangene).

Zellen, wurde auf dem Gefängnishof ein Freigangkomplex geschaffen, der aus fünf Einzelzellen bestand. Die Zellen hatten eine Grundfläche von ca. 2m<sup>2</sup>, waren nach oben mit einer Maschendrahtabsperrung abgedeckt und wurden ständig bewacht. Einmal am Tag konnte sich jeder Häftling darin für 20 bis 30 Minuten aufhalten.



Abb. 2: Gefängnishof und Freigangkomplex

Ein großer Raum im Bereich des ehemaligen Frauengefängnisses wurde als „Fotozelle“ eingerichtet. Nach der Einlieferung wurden hier die Häftlinge erkennungsdienstlich behandelt, es wurden Porträtfotos angefertigt, sowie Fingerabdrücke genommen. Des Weiteren verfügte die Haftanstalt über eine eigene kleine Bibliothek, in der sich Inhaftierte bei guter Führung Literatur ausleihen konnten. Allerdings waren ausschließlich sozialistische Werke vorhanden, woraufhin viele Gefängnisinsassen auf die Nutzung der Bibliothek verzichteten. Eine besondere Zelle, stellte die „Strafzelle“ dar, in der die Häftlinge bei „Zu widerhandlung“ gegen die Hausordnung oder auf Anweisung des Untersuchungsführers Straf arrest verbüßen mussten. In der Regel bedeutete dies einen mehrtätigen Aufenthalt des Häftlings in einer vollständig verdunkelten Zelle, die auch noch durch Gitter unterteilt war und so den Schlaf- und Sanitärbereich vom unbestuhnten Aufenthaltsbereich abtrennte. Die Gefangenen gaben der Zelle deshalb den Namen „Tigerkäfig“. Viele Häftlinge berichteten, dass sie fast unbekleidet in der „Strafzelle“ untergebracht wurden und nur mit einer Notverpflegung versorgt wurden, die aus Wasser und trockenem Brot bestand (Schnell: 2005).



Abb. 3: Fotozelle, Standartzelle

Im gesamten Gefängnis, auch auf dem Hof, waren rote Lampen installiert. Dieses Licht-Signal-System war zu gedacht, dass sich Häftlinge im Gefängnis-komplex, wenn sie aus ihren Zellen geholt wurden, nicht begegnen konnten. Das Licht wurde

immer dann eingeschaltet, wenn ein Häftling „unterwegs“ war. Dieses Zeichen signalisierte den Wärtern, dass zu diesem Zeitpunkt kein anderer Häftling aus seiner Zelle geholt werden dürfte. Aus zahlreichen Berichten ist zu entnehmen, dass das System hervorragend funktionierte und es nie zu Begegnungen mit anderen Inhaftierten kam (Schaare: 2000). Aus dem Jahr 1984 berichtet Schnell (2005) über ein Informationspapier der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit Potsdam, dass die normale Belegungskapazität des Gefängnisses mit 90 Häftlingen ausweist. Die maximale Belegungskapazität war mit 110 Häftlingen angegeben. Oft blieben Häftlinge über Wochen und Monate in einer Einzelzelle. Erst als die Verhöre abgeschlossen waren, weil die Ermittlungen ihren Abschluss gefunden hatten, wurden die Gefängnisinsassen in der Regel zu zweit in eine Zelle gesperrt. Bei einer Zellengrundfläche von 7m<sup>2</sup> entfielen dementsprechend nur 3,5m<sup>2</sup> auf jeden Häftling. Mitte der 70er Jahre erhielten alle Zweierzellen ein WC und ein Waschbecken, vorher musste die Notdurft in einen Kübel, der sich in der Zelle befand, entrichtet werden. Durch die Gasbildung im Kübel wurde ständig der Deckel angehoben und der unerträgliche Gestank breitet sich in der Zelle aus. Beobachtungsspiere in den Türen gewährten die ständige Beobachtung und Kontrolle der Inhaftierten. Ehemalige Häftlinge berichteten von Tageskontrollen im Fünf-Minutentakt und nachts von einem 15-minütigen Kontrollrhythmus. Bei jeder nächtlichen Kontrolle wurde das Licht in den Zellen angeschaltet. Da den Häftlingen die Schlafhaltung vorgeschrieben war (Rückenlage, mit Blickrichtung zur Zellentür), bedeutete das An- und Ausschalten der Zellenbeleuchtung einer immer wiederkehrende Störung und Unterbrechung des Schlafs (Schnell: 2005).

Die Verpflegung war den 50er und 60er Jahren ausreichend, aber sehr mangelhaft und eintönig. Obst und Gemüse stand so gut wie nie auf dem Speiseplan. Butter wurde nur selten zum Essen gereicht. In den 80er Jahren entsprach die Verpflegung im Wesentlichen der einer Großküche, mit einer Ausnahme: Obst und Gemüse waren auch weiterhin eine sehr seltene Ausnahme. Über Besuchererlaubnisse oder die Erlaubnis Briefe zu schreiben, entschied nicht, wie vorgesehen, das Gericht, sondern vornehmlich der zuständige Vernehmungsoffizier. Der Besuch eines Angehörigen wurde höchstens einmal im Monat für maximal 30 Minuten gewährt. Strafgefangene durften Besuch für eine Stunde empfangen. Die Besuche fanden in eigens dafür eingerichteten Besucherbereichen statt (Wittenberg: 2000). Wie sich die Häftlinge im Untersuchungsgefängnis zu verhalten hatten, war in der Hausordnung vorgeschrieben. Diese enthielt zum Beispiel folgenden vorgeschriebenen Tagesablauf:

- Wecken um 05:00 Uhr
- Reinigen der Zellen, Waschen (Männer Oberkörper frei)
- Morgenverpflegung von 06:00 bis 07:00 Uhr
- Mittagsverpflegung um 12:30 Uhr
- Abendverpflegung um 17:00 Uhr
- Einschluss um 21:00 Uhr

Zur täglichen Körperreinigung ist hinzuzufügen, dass es in den späteren Jahren den Häftlingen vierzehntägig gestattet war, zu duschen (Schnell: 2005).

### *2.1.7 Die Lindenstraße 54/55 von 1989 bis in die Gegenwart*

Nach der Amnestie für politische Häftlinge vom 27. Oktober 1989 wurden alle politischen Häftlinge aus dem Untersuchungsgefängnis in der Lindenstraße entlassen. 135 laufende Ermittlungsverfahren wurden kurzfristig abgeschlossen oder von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Nach der Freilassung der Häftlinge, bekamen die Zellen einen frischen Anstrich, die im Haus gelagerten Akten wurden teils verbrannt bzw. ausgelagert. Erst am 12. Dezember 1989 wurde einem Bürgerkomitee der Zutritt gewährt. Genau einen Monat später zogen die neugegründeten Parteien und Bürgerbewegungen mit ihren Büros, in die zuvor von den Stasi-Vernehmern genutzten Räume, ein und machten aus dem „Lindenhôtel“ ein „Haus der Demokratie“. Angestoßen vom NEUEN FORUM, wurde am 20. Januar 1990 erstmals ein „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Neben vielen ehemaligen Häftlingen, nutzten auch viele Potsdamer die Gelegenheit, den Komplex zu besichtigen. Viele von ihnen mussten mit Erschrecken feststellen, dass in unmittelbarer Nähe zu ihrer Einkaufsstraße eine derartige Einrichtung existierte. Seit 1995 wird die Lindenstraße 54/55 laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Museum offiziell als Gedenkstätte betreut (Wittenberg: 2000).

## *2.2 Inhaltsanalyse – Stasi und Republikflucht in der DDR*

Im folgenden Abschnitt soll unter Berücksichtigung der Republikflucht näher auf die historischen Umstände des außerschulischen politischen Lernortes zu Zeiten der DDR eingegangen.

### *2.2.1 Einblicke in das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS)*

Bereits im Jahr 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit errichtet, das sogenannte „Schild und Schwert“ der Partei. Dessen Leiter war von 1957 bis zum Ende der DDR Erich Mielke (28. Dezember 1907; † 21. Mai 2000). Neben geheimdienstlichen Aufgaben war die Staatssicherheit dafür zuständig, alle Gesellschaftsbereiche in der DDR zu überwachen (Bundesarchiv: 2009). Die Stasi sorgte dafür, dass sich verschiedene Verhaltensweisen wie das Umdrehen auf der Straße, das Verstummen beim Anblick eines Mannes im Trenchcoat oder das Gefühl, niemandem trauen zu können und dauernd überwacht zu werden, herausbildete. Da die Führungsrolle der SED im Artikel 1 der DDR-Verfassung verankert war und das MfS diese Partei und ihren Führungsanspruch verteidigte, wird klar, dass die Stasi nur von Parteifunktionären Weisungen entgegennahm (Stetter: 2005).

Mit dem Beginn der „Ära Mielke“ begann der Ausbau der Stasi zur Massenorganisation. Ähnlich einer großen Behörde war das MfS nach Linienprinzipien strukturiert. In der Berliner Zentrale gab es die Hauptverwaltung, die wiederum Ableger in den 15 Bezirksstädten der DDR unterhielt, welche sich ebenfalls in entsprechende Abteilungen der Kreisdienststellen in allen 209 Kreisstädten aufteilten. Jede Abtei-

lung unterhielt auf jeder Ebene Referate. Bisher konnten der Stasi 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter und 173.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM) nachgewiesen werden. Die hauptamtlichen Mitarbeiter gingen ihrer Arbeit meist in der Zentrale, den Bezirksverwaltungen oder Kreisdienststellen nach, während die IM in ihrem zivilen Leben einen Beruf ausübten, der es ihnen ermöglichte, inoffiziell tätig zu werden (Dümmel: 2002). Die Aufgaben des „Netzwerkes Staatssicherheit“ können in zwei Kategorien eingeteilt werden. Das MfS wirkte nach außen und nach innen. Was die Wirkung nach außen anbetrifft, betraf hauptsächlich die Einschleusung von Spionen in die Bundesrepublik Deutschland. Die Wirkung nach innen war äußerst komplex aufgebaut. So schreibt Strehlow (2004), dass die Hauptaufgaben der Stasi darin bestanden, die SED zu verteidigen und zu schützen, Republikfluchtpläne aufzuspüren und die Opposition zu überwachen. Zu diesem Zweck wurden oppositionelle Gruppen unterwandert und IMs eingeschleust. Post und Telefone wurden überwacht, Medien zensiert und Personen beschattet. Des Weiteren kontrollierte das MfS die Volkspolizei und die Nationale Volksarmee, wirtschaftliche Organe und das Verkehrswesen, wozu auch die Grenzkontrollen gehörten. Insgesamt hatte die Stasi im Jahr 1989 einen geschätzten Etat von 4,2 Millionen Mark. Allein zur Überwachungszwecken wurden von der Stasi über 2.000 Wohnungen und Gebäude gekauft (Stetter: 2005).

Die Stasi ermittelt meist konspirativ. Im geheimen wurden Wohnungen zur Überwachung angemietet, IMs in oppositionelle Gruppen eingeschleust, um in diesen Gruppen Unruhe zu schnüren und um interne Informationen weiterzuleiten. Mit sogenannten „Zersetzungsmaßnahmen“ sollten oppositionelle Gruppen geschwächt werden, ohne Verhaftungen vorzunehmen. Das MfS war eine Organisation ohne rechtsstaatliche Grenzen. Die Lückenlose Überwachung von Personen, Wohnungen oder Post war ohne jede zusätzliche Erlaubnis durchführbar. Hatte die Stasi genügend Informationen gesammelt, um eine Person eines Vergehens gegen DDR-Gesetze anzuklagen, wurden die Verdächtigen auf offener Straße verhaftet und in ein Stasi-Untersuchungsgefängnis gebracht, in dem sie oft unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt waren (Dümmel: 2002).

Die Bezirksverwaltung Potsdam, einschließlich der 15 Kreisdienststellen, hatte 3.926 hauptamtliche Mitarbeiter. Damit hatte sich in den 80er Jahren die Bezirksverwaltung Potsdam zur personalstärksten Bezirksverwaltung des MfS entwickelt. Der Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter stand aber eine weit höhere Anzahl derer gegenüber, die inoffiziell für die Bezirksverwaltung Potsdam gearbeitet hatten. Bis zur Auflösung des MfS wurde von den Führungsoffizieren der operativen Dienststellen der Bezirksverwaltung Potsdam, einschließlich der 15 Kreisdienststellen über den Bezirk Potsdam, ein Informationsnetz von 9.633 inoffiziellen Mitarbeitern gesponnen (Strehlow: 2004).

### 2.2.2 „Republikflucht“ und Ausreise

Mit dem Ereignis am 13. August 1961 hatte die SED-Führung vor 51 Jahren die Konsequenz aus dem massenhaften Verlassen der Bürger aus dem Arbeiter-und-

Bauern-Staat gezogen und ließ die Berliner Mauer errichten. Allerdings wurde schon am 26. Mai 1952 im DDR-Ministerrat beschlossen, dass Maßnahmen zur „Verstärkung der Bewachung der Demarkationslinie“ erfolgen müssen. Mit der Einführung einer „Polizeiverordnung“ sollte mit der verlogenen Begründung ein „weiteres Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Saboteuren in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik“ verhindert werden. Die „besondere Ordnung“ bestand aus einer Anlage mit einem Zehn-Meter-Kontrollstreifen, einem 500-Meter-Schutzstreifen und einer Fünf-Kilometer-Sperrzone zwischen Ostsee und Fichtelgebirge. Die errichtete Zonengrenze wurde für DDR-Flüchtlinge so gut wie unüberwindlich. Die Staatssicherheit, das dokumentiert die „Polizeiverordnung“, war schon neun Jahre vor dem Mauerbau aktiv in die Abgrenzungspolitik der SED eingebunden. Mit der Abriegelung der Zonengrenze ließ sich der Flüchtlingsstrom aus der DDR drosseln, nicht aber unterbinden, solange der Fluchtweg über West-Berlin offen war. Über die „Luftbrücke“ konnten Jahr um Jahr Hunderttausende aus der DDR unkontrolliert und sicher in den Westen gelangen. Der DDR entstand durch die „Republikflucht“ ein existenzielles Problem. Überdurchschnittlich viele junge und gut ausgebildete Menschen verließen den Staat. Walter Ulbricht sagte im Oktober 1957: „Jede Flucht oder Übersiedlung nach Westdeutschland bedeutet eine Hilfe für die westdeutsche Militärbasis der NATO mit Arbeitskräften und einen Verlust von Arbeitskräften in der DDR. Eine Republikflucht ist Verrat an den friedlichen Interessen des Volkes.“ (Fricke: 2006).

Mit dem Bau der Berliner Mauer sollte die Flucht aus der DDR gestoppt werden. An den über 160 Kilometern der Grenzanlage um West-Berlin zerbrachen Familien und Freundschaften, individuelle Lebenspläne und berufliche Karrieren. Doch trotz Betonmauern und Stacheldraht, Signalzaun und Stahlteppich, Hundelaufanlagen und Schießbefehl versuchten weiterhin Zehntausende aus der DDR zu fliehen. In den 40 Jahren des Bestehens der Mauer, verließen über 3,8 Millionen Menschen die DDR. Davon reiste nur eine halbe Million legal aus, alle anderen flüchteten (Borbe: 2010). Eine genaue Zahl aller gescheiterten Fluchtversuche aus dem sozialistischen Teil Deutschlands ist bis heute nicht bekannt. Den Statistiken der DDR-Generalstaatsanwaltschaft ist aber zu entnehmen, dass von 1961 bis 1988 rund 110.000 Verfahren wegen „Republikflucht“ bzw. „ungesetzlichen Grenzübertritts“ durchgeführt wurden. Allerdings muss dabei beachtet werden, dass in manchen Fällen pro Verfahren mehrere Leute angeklagt wurden.

In den sozialistisch verbündeten „Brüderstaaten“ wurden von 1971 bis 1988 ca. 25.000 illegale Ausreisen von DDR-Bürgern vereitelt (Tantzsch: 1998). Ca. 69.000 Personen wurden zwischen 1958 und 1989 von der DDR-Justiz wegen Fluchtversuchen zu Freiheitsstrafen verurteilt. Doch nicht nur Flüchtlinge, die auf frischer Tat ertappt wurden, kamen vor Gericht. Auch in Planung befindliche bzw. vor der Umsetzung entdeckte sowie vermeintlich erkannte Fluchtabsichten wurden strafrechtlich geahndet (Borbe: 2010). Seit Beginn der Grenzpolitik sollten nicht nur die Speeranlagen und die Mauer Flüchtlinge abschrecken und aufhalten, sondern auch bewaffnete Soldaten. Diesen wurde durch die DDR-Führung der sogenannte

„Schießbefehl“ erteilt. Den Grenzpolizisten und Grenzsoldaten wurde dadurch befohlen, auf Flüchtlinge, auch auf Frauen und Kinder, zu schießen, wenn sie nicht auf eine andere Weise die Flucht verhindern konnten. Schon 1952 wurde der Befehl mündlich erteilt, aber erst 1982 wurde der Schusswaffengebrauch an den Westgrenzen der DDR gesetzlich geregelt (Tantzsch: 1998). Schätzungen zu Folge wurden etwa 700 bis 1.000 Personen beim dem Versuch die Grenze der DDR illegal zu verlassen, zumeist schwer verletzt. Die Verletzungen traten häufig infolge von Schüssen, Minen, Selbstschussanlagen und Bootsschrauben auf. Die Schätzungen über die Menschen, die bei dem Versuch die Grenze zu überwinden, getötet wurde, weichen sehr voneinander ab. Laut Jahntz (2004), Knabe (2007) und Hertle/Sälter (2006) können sicher 270 Personen angegeben werden, die beim Fluchtversuch getötet wurden. Die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter spricht hingegen von 4.444 Tötungsdelikten (in Borbe: 2010).

<b>Autor</b>	<b>Jahr</b>	<b>Zeitraum</b>	<b>Flüchtlinge getötet</b>
Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter	1990	-	4.444*
HELP	1995	1949-1989	588+97**
Neubert	1998	-	> 900
Eisenfeld, B.	2000b	-	744
Eisenfeld, B.	2000b	bis 1961	164
ZERV	2001	-	421
Jahntz	2004	-	mind. 270
Hertle/Sälter	2006	-	mind. 270, vermutlich etwa 780

Abb. 4: Beim Fluchtversuch Getötete – „Mauertote“. (Quelle: Borbe: 2010, S.34)

Allgemein ist aber zu erkennen, dass die Schätzungen über die Todesopfer seit 1989 beständig im Steigen sind.

### 3. Die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“

Der folgende Abschnitt soll die Möglichkeiten darstellen, die Lehrerinnen und Lehrern im Zuge der Projektwerkstatt geboten werden. Dabei zeigt sich die Projektwerkstatt als der Zugang für die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 als außerschulischer politischer Lernort.

#### 3.1 Was ist die Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“?

Die Projektwerkstatt ist aus einer Vereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und der Gedenkstätte entstanden. Somit wird dieses Projekt vom Land Brandenburg finanziert, sodass jegliche Leistungen, die dort in Anspruch genommen wer-

den können, kostenfrei sind. Welchen Angeboten sich bedient wird, kann individuell abgesprochen werden. Die Kontaktaufnahme erfolgt über die Gedenkstellenleiterin, deren Kontaktdaten der Homepage der Projektwerkstatt entnommen werden können.<sup>5</sup> An gleicher Stelle sind viele Informationen über Inhalte, Ziele und Organisatorisches zu finden. Die Gedenkstellenleiterin ist selbst eine ausgebildete Lehrerin und weiß daher aus eigener Erfahrung was für einen außerschulischen Lernort von Bedeutung ist. Sie sieht ihre Aufgabe darin Schülerinnen und Schüler in jeglicher Sicht aufzuklären, primär bezüglich der Lebensumstände in der DDR.

Die Projektwerkstatt „Lindenstraße“ ist für Klassen ab der fünften Jahrgangsstufe empfohlen. Nach Aussage der Gedenkstellenleiterin nehmen meist Schulklassen ab der Jahrgangsstufe neun die dortigen Angebote in Anspruch. Weiterhin ist die Projektwerkstatt für alle Fächer je nach Interessenlage auch über Politische Bildung hinaus geeignet. Beispielsweise war bereits eine Schülergruppe bezüglich des Sportunterrichts in der Gedenkstätte und hat das Thema „DDR und Doping“ thematisiert. Den größten Zuspruch erfährt die Projektwerkstatt allerdings im Kontext von Politischer Bildung, Geschichte sowie Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde.

### 3.2 Angebote der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“

Wie bereits erwähnt, wird mit der Gedenkstellenleiterin vor dem Besuch dieses Lernortes der Ablauf des Projekttages abgestimmt. Dabei werden verschiedene Teilaspekte angeboten, die von den Lehrerinnen und Lehrern je nach Planung ihrer jeweiligen Unterrichtssequenz gewählt werden können. Diese Teilaspekte sollen im Folgenden dargelegt werden. Die gewählte Reihenfolge gleicht dabei dem gebräuchlichsten Ablauf eines Projekttages.

Zunächst bietet die Projektwerkstatt eine Einführung in die Geschichte des Hauses an. Dies kann in Form von einem im Vorfeld vorbereiteten Schülerreferat erfolgen. Eine weitere Möglichkeit stellt die Einführung durch die Gedenkstättenleiterin selbst oder einem ihrer Mitarbeiter dar. Bei unserer Begleitung eines Projekttages wurde ein Referat von einem Praktikanten der Gedenkstätte gehalten. Er stand dabei vor der Klasse und las die Informationen zum größten Teil von seinen Aufzeichnungen ab. Zur Visualisierung wurden einige wenige Bilder verwendet, sowie ein Video, das einen „Propagandafilm“ des MfS aus den 60er Jahren zeigt.

Um die Gedenkstätte tiefgründiger kennen zu lernen, wird ein Rundgang offeriert. Dieser wird von der sehr kundigen Gedenkstellenleiterin durchgeführt. Alternativ ist es ebenso möglich, dass einzelne Schülerinnen und Schüler Teile des Rundgangs übernehmen. Die Gedenkstellenleiterin steht dabei jederzeit mit Material und Tipps zur Verfügung. Der Rundgang kann unter verschiedenen Gesichtspunkten absolviert werden. Dabei können Führungen bezüglich des ganzen Komplexes gewählt werden, bis hin zu themenspezifischen Führungen wie der Verfolgung und Inhaftierung zu Zeiten der sowjetischen Besatzungszone, oder dem Zusammenwirken vom Ministerium für Staatssicherheit und der Justiz. Der Fokus, auf den der Rundgang

---

<sup>5</sup> Diese lautet gegenwärtig <http://www.pw-gedenkstaette-potsdam.de.vu/>.

gelegt werden kann, sollte im Voraus mit der Gedenkstellenleiterin abgesprochen werden. Während der Führung versucht die Leiterin die Schülerinnen und Schüler durch schülergerechte Beispiele angemessen mit einzubeziehen.

Ein weiteres Angebot der Gedenkstätte stellt die Kleingruppenrecherche mit anschließender Auswertung dar. Hierbei werden die Schülerinnen und Schüler in verschiedene Gruppen eingeteilt. Jede Gruppe bekommt dabei gesonderte Aufgabenstellungen, die sie möglichst genau zu beantworten haben. Diese Fragen sind nicht standardisiert. Vielmehr bereitet die Gedenkstellenleiterin für jeden Projekttag einen auf die Ziele des Lernortbesuches abgestimmten Fragenkomplex vor.<sup>6</sup> Dieser wird im Vorfeld mit den zuständigen Lehrerinnen und Lehrern abgesprochen. Am Projekttag bekommen die Schülerinnen und Schüler Instruktionen, was ihre Aufgaben sind und wo sie die Angaben zur Beantwortung der Fragen finden können. Je nach Thematik müssen sie demnach zu den verschiedensten Abteilen des Museums gehen, um dort die notwendigen Informationen bezüglich ihrer Fragen zu recherchieren. Ebenso kann eine Recherche in der Dauerausstellung in Betracht kommen. Nach einer etwa halbstündigen Gruppenarbeit ist angedacht, dass sich die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer wieder in das hauseigene Klassenzimmer einfinden. Dort stellt jede Gruppe ihre Ergebnisse vor. Diese können von Fragen der anderen Schülerinnen und Schüler ergänzt werden. Idealerweise sollte ein Gespräch zwischen den Schülerinnen und Schülern entstehen, das durch die Lehrerinnen und Lehrern sowie der Gedenkstellenleiterin unterstützt wird. Der letzte wichtige Teil der Projektwerkstatt ist das Zeitzeugengespräch. Dabei stehen der Gedenkstätte etwa 20 unterschiedliche vom Land Brandenburg finanzierte Zeitzeugen zur Verfügung. Diese werden von der Gedenkstellenleiterin aufgrund des Themenschwerpunkts der jeweiligen Schülergruppe gewählt. Der Zeitzeuge kann sowohl zum Projekttag als auch in die Schule bestellt werden. Geplant ist, dass die Zeitzeugen von ihren Erlebnissen im Zusammenhang mit der Gedenkstätte referieren. Anschließend ist es den Schülerinnen und Schülern möglich Fragen zu stellen und mit dem Zeitzeugen zu diskutieren.

Zusammenfassend kann dementsprechend festgehalten werden, dass ein Projekttag in der Gedenkstätte durch eine Einführung mit Film, einen Rundgang, eine Kleingruppenrecherche mit Auswertung sowie einem Zeitzeugengespräch gestaltet werden kann. Wie erwähnt, wird alles in Absprache mit den jeweiligen Lehrerinnen und Lehrern geplant. Es ist demnach möglich von einer ausnahmslosen Koordination durch die Gedenkstellenleiterin bis zur vollständigen Organisation des Projekttag durch die Schülerinnen und Schüler zu wählen. Dabei ist es den Lehrerinnen und Lehrern überlassen, ob sie einen Projekttag sinnvoll in eine Unterrichtssequenz einbinden und dementsprechend planen oder das Konzept des Projekttag ohne Eigeninitiative von der Gedenkstellenleiterin erarbeiten lassen.

---

<sup>6</sup> Ein Beispiel von unserem Besuch kann der Anlage entnommen werden.

### 3.3 Die Organisation zum Besuch des außerschulischen politischen Lernortes

Für Lehrerinnen und Lehrer ist bei der Auswahl eines außerschulischen Lernorts immer zu beachten, wie ein Projekttag zu organisieren ist. Daher wird an dieser Stelle dargestellt, was bei der Organisation eines Projekttagess an der „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ beachtet werden sollte.

Zunächst ist zu bedenken, was vor dem eigentlichen Projekttag passiert. Demnach sollte man sich überlegen, ob sich der hier skizzierte als außerschulischer politischer Lernort für die jeweilige Unterrichtssequenz eignet und welchem Zweck man mit einem Besuch verfolgt. Dabei kann schon überlegt werden, ob alle Angebote in Anspruch genommen werden sollen. Ein Besuch der Gedenkstätte im Vorfeld ist dabei sicherlich hilfreich, aber nicht zwingend erforderlich. Nachdem klar ist, wozu die Gedenkstätte dienen soll, wird Kontakt mit der Gedenkstättenleiterin aufgenommen. Sie ist in der Lage Weiteres zu klären und eventuell Tipps zum geplanten Ablauf zu geben. Mit ihr werden die Details geklärt: Was soll Inhalt des Projekttagess sein? Welche Angebote sollen vorbereitet werden? Welche Fragen sollen in der Kleingruppenrecherche beantwortet werden? Wann soll der Projekttag stattfinden soll? Diese und weitere Fragen sollten im Vorfeld geklärt werden.

Während des Projekttagess sollte eine pünktliche Anreise angestrebt werden. Aufgrund dessen, dass die „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ im Zentrum Potsdams liegt, sollte dies allerdings weniger problematisch sein. Darüber hinaus müssen je nach Nutzung der Angebote zwei bis sechs Stunden eingeplant werden. Somit ist es für Schulen, die sich in Potsdam befinden, sogar möglich, nur einen halben Schultag für den Besuch einzuplanen. Der Ablauf eines Projekttagess ist unseres Erachtens angemessen gestaltet. Das heißt, es gibt genügend Pausen und die Zeit für die Recherche ist ebenfalls ausreichend. Mit der Abfahrt von der Gedenkstätte ist die Arbeit der Projektwerkstatt allerdings noch nicht zu Ende. Wie bereits erwähnt, werden Zeitzeugen auch in die Schule vermittelt. Daher ist es möglich, ein Zeitzeugengespräch vor oder nach dem Besuch der Gedenkstätte zu führen. Demnach wäre ein Szenario möglich, indem die Schülerinnen und Schüler Eindrücke in der Gedenkstätte sammeln und verarbeiten sollen. Darauf aufbauend könnte ihnen ein Auftrag gegeben werden, im Zuge dessen sie sich Fragen für den Zeitzeugen überlegen sollen. Somit wäre ein Zeitzeugengespräch als Abschluss und Abrundung einer Unterrichtssequenz durchaus denkbar. Weiterhin werden von der Gedenkstättenleiterin Facharbeiten oder generell Erarbeitungen bezüglich des Besuches in der Gedenkstätte betreut. Es wird dabei Literatur angeboten, die zur Bearbeitung in der Schule genutzt werden kann. Demnach wäre auch eine denkbare Notengebung im Rahmen eines Gedenkstättenbesuches relativ unproblematisch.

Neben diesen direkt auf den Unterricht und einer Unterrichtssequenz bezogenen Hilfestellungen, ermöglicht die Projektwerkstatt weitere Unterstützungen, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen. So werden andere Gedenkstätten vermittelt, wenn sich herausstellt, dass geeignetere Lernorte für die jeweilige Thematik zur Verfügung stehen. Weiterhin berät die Gedenkstättenleiterin in vielerlei Hinsicht, die nicht direkt mit der Gedenkstätte in Verbindung stehen, beispielsweise bei Projekten, die

sich mit in der „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ thematisierten Inhalten beschäftigt. Darüber hinaus bietet die Gedenkstättenleiterin Weiterbildungen für Lehrerinnen und Lehrer zu methodischen Angelegenheiten an.

#### *4. Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 im Kontext der Politischen Bildung*

Zunächst ist festzuhalten, dass der Abschnitt „Lernen und Unterricht“, der für alle Fächer im Land Brandenburg gleich ist, vorsieht, dass außerschulische Erfahrungen gesammelt, Projekte organisiert und fachübergreifender Unterricht realisiert werden sollen. Demnach sind die Voraussetzungen, die im Allgemeinen für den Besuch eines außerschulischen politischen Lernortes wichtig sind, durch den Rahmenlehrplan gegeben (Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Politische Bildung: 2010, S.6ff.).

##### *4.1 Einordnung in den Rahmenlehrplan*

In diesem Abschnitt soll dargestellt werden, welche Möglichkeiten der Rahmenlehrplan Politische Bildung des Landes Brandenburg bietet, um die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 als außerschulischen politischen Lernort zu nutzen. Wir haben uns für den Rahmenlehrplan der Sekundarstufe I entschieden, da die Projektwerkstatt unseres Erachtens gerade für diese Jahrgangsstufen über das größte Potential verfügt. Sicherlich gibt es mehrere Themengebiete, in denen die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 als außerschulischer politischer Lernort in die Unterrichtsplanung mit einbezogen werden könnte. Aus unserer Sicht eignet sie sich aber vor allem im Hinblick auf die Lebensumstände in der DDR. Deshalb soll im Folgenden gezeigt werden, was im Rahmenlehrplan zu diesem Kontext geboten wird.

Dass die DDR-Geschichte im Unterricht der Politischen Bildung einen bedeutenden Part einnimmt, zeigt folgendes Zitat: „In jeweils zwei Themenfeldern der Doppeljahrgangsstufen 7/8 und 9/10 sind solche zeitgeschichtlichen Bezüge herzustellen. Dafür ist in diesen ausgewählten Themenfeldern jeweils einer der genannten Wahlpflichtinhalte auszuwählen, der Aspekte der DDR-Geschichte einbezieht.“ (Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Politische Bildung: 2010, S.19). Zuerst soll hier die Doppeljahrgangsstufe 7/8 im Vordergrund stehen. Im Themenfeld „Jugend und Politik“ stehen drei Wahlpflichtinhalte zur Auswahl, mit denen sich die Gedenkstätte jeweils verbinden lässt. So können hier „Jugend im geteilten Deutschland“, „Der Wandel von Lebenssituationen nach 1989“ sowie „Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen – heute und früher (z. B. Familie, Schule, Verein, soziales Umfeld)“ Thema einer Unterrichtssequenz sein. Betrachtet man hier das Stichwort „Jugend“ bietet die Gedenkstätte sicherlich die Möglichkeit, die Schülerinnen und Schüler in ihrer eigenen Lebenswelt zu berühren (Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Politische Bildung: 2010, S.21).

Im Themenfeld „Menschenrechte, Recht und Rechtsprechung“ finden sich ebenfalls passende Wahlpflichtinhalte. Hier sind unter anderem „Situation der Menschenrechte (Deutschland – früher und heute, weitere Länderbeispiele)“ und „Ziviler Ungehorsam und staatliches Gewaltmonopol (Fallbeispiele BRD, DDR, Nationalsozia-

lismus)“ zu finden. Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 zeigt in diesem Zusammenhang anschaulich, wie die Menschenrechtssituation in der Zeit der DDR war. Daher kann in diesem Zusammenhang Empathie bei den Schülerinnen und Schülern durch einen Besuch der Gedenkstätte hervorgerufen werden (Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Politische Bildung: 2010, S.23). Demnach ergeben sich mehrere Gelegenheiten die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Doppeljahrgangsstufe 7/8 als außerschulischen Lernort zu integrieren.

Im Weiteren werden die Möglichkeiten für die Doppeljahrgangsstufe 9/10 aufgezeigt. Das Themenfeld „Gesellschaft“ beinhaltet für diese Jahrgangsstufen den Wahlpflichtinhalt „Bildung und Erziehung in historischer Perspektive, Erfahrungen der Eltern- und Großelterngeneration“. Hierbei tritt vor allem das von der Gedenkstätte angebotene Zeitzeugengespräch als ein interessanter Teil einer Unterrichtssequenz zu diesem Thema auf. Weiterhin bietet die Gedenkstätte die Gelegenheit aufzuzeigen, wie die gesellschaftlichen Umstände für jene Eltern und Großeltern waren, die in der DDR lebten und aufgewachsen sind (Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Politische Bildung: 2010, S.24). Im Gegensatz zu der Doppeljahrgangsstufe 7/8 findet sich darüber hinaus ein verbindlicher Inhalt, der in der Doppeljahrgangsstufe 9/10 zu behandeln ist und der auch durch einen Besuch in der Gedenkstätte vertieft werden könnte. Gemeint ist hier das Themenfeld „Demokratie“ mit dem Inhalt „Demokratie und Diktatur: Vergleich BRD – DDR“. Da die Gedenkstätte ebenso als „Haus der Demokratie“ bezeichnet wird, bietet sich ein Besuch im Zuge einer derartigen Unterrichtssequenz an. Im selben Themenfeld finden sich außerdem die Wahlpflichtinhalte „Parteien und Wahlen in der DDR“ sowie „Opposition und Kampf um Menschenrechte in der DDR“, die sich geeignet zeigen sie mit einem Besuch der „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ zu verbinden (Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Politische Bildung: 2010, S.26).

Zusammenfassend sehen wir demnach viele Möglichkeiten, die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 sinnvoll in eine Unterrichtsreihe einzugliedern. Nichtsdestotrotz scheint uns das Themenfeld „Demokratie“ in der Doppeljahrgangsstufe 9/10 als beste Gelegenheit, die Gedenkstätte als außerschulischen politischen Lernort zu nutzen.

#### 4.2 Möglichkeiten der konkreten Umsetzung an einer exemplarischen Unterrichtssequenz

Dieser umfassende Themenkomplex lässt sich, wie aufgezeigt wurde, im Rahmenlehrplan in unterschiedlichen Handlungsfeldern einbetten. Um die konkrete Umsetzung an einer exemplarischen Unterrichtssequenz aufzuzeigen, haben sich die Verfasser für die Einbettung in das Themenfeld „Demokratie“ in der Doppeljahrgangsstufe 9/10 entschieden. Innerhalb dieses Themenkomplexes sollen die Begriffe „Demokratie“, „Opposition“ und „Menschenrechte“ in der DDR erläut-

Exemplarische Unterrichtsreihe	
9 / 10 Klasse	
Themenfeld:	Demokratie
Inhalt: (Wahlpflicht)	<ul style="list-style-type: none"> <li>□ Opposition und Kampf um Menschenrechte in der DDR</li> <li>□ 3 Blöcke mit je 2 Doppelstunden und einem Besuch der Gedenkstätte</li> </ul>
1. Block	Wiederholung DDR und Sensibilisierung für das Themengebiet
2. Block	Vorbereitung des außerschulischen Projekttages → Projekttag
3. Block	Zeitzeugengespräch und Nachbereitung

Abb. 5: Unterrichtssequenz - Allgemein

tert und den SchülerInnen zugänglich gemacht werden. Grundlegend ist zu sagen, dass die Unterrichtssequenz drei Blöcke mit je zwei Doppelstunden umfasst und einen Besuch in der Gedenkstätte einschließen soll. Dabei verteilen sich die Themen wie folgt auf die einzelnen Unterrichtsblöcke. In der ersten Doppelstunde sollen die mit der Problematik verbundenen Begrifflichkeiten wiederholt und gefestigt werden, sowie eine Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler für das Themengebiet erfolgen. Im Fokus des zweiten Blocks steht die Vorbereitung des außerschulischen politischen Projekttag. Zwischen dem Block zwei und dem Block drei erfolgt dann die Realisierung des Projekttag in Form eines Besuches der Gedenkstätte in der Lindenstraße 54/55. Dem Projekttag schließt sich im dritten Block die umfangreiche Nachbereitung des Besuches der Gedenkstätte und ein Zeitzeugengespräch an. Nachfolgend sollen die einzelnen Blöcke näher erläutert werden.

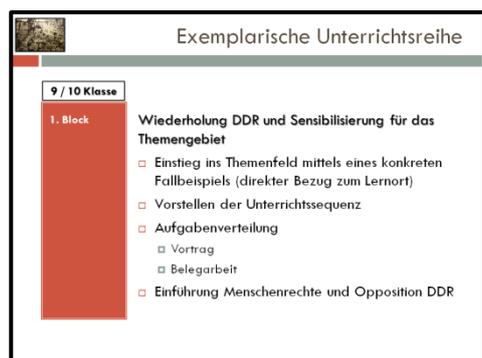


Abb. 6: Unterrichtssequenz - Erster Block

Im ersten Block soll mittels eines konkreten Fallbeispiels der Einstieg in das Themenfeld den SchülerInnen erleichtert werden. Durch des direkten Bezuges zum Lernort und des Fallbeispiels eines Gleichaltrigen soll Betroffenheit hergestellt und die Schülerinnen und Schüler für diese umfassende Problematik sensibilisiert werden. Desweiteren wird die Lehrkraft diese ersten beiden Doppelstunden nutzen, um die gesamte Unterrichtssequenz vorzustellen und den Schülerinnen und Schülern die Inhalte und Ziele näher zu bringen. In diesem Zusammenhang nimmt die Lehrkraft im Sinne eines schülerorientierten Unterrichts auch die Aufgabenverteilung vor. Den Schülerinnen und Schülern wird zur Wahl gestellt, ob sie einen Vortrag zu einem definierten themenrelevanten Inhalt halten oder die Unterrichtssequenz mit einer Belegarbeit abschließen wollen. Im Anschluss rundet eine Einführung zu dem Thema „Menschenrechte und Opposition in der DDR“ den ersten Block der Unterrichtsreihe ab.

Die nächsten beiden Doppelstunden stellen die Vorbereitung des außerschulischen Projekttag ins Zentrum. Inhaltlich setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit der Thematik der „Verfolgung und Bestrafung von politischen Gegnern und Republikflüchtlingen in der DDR“ auseinander. Hier bietet sich die erste direkte Zusammenarbeit mit der Leiterin von der Projektwerkstatt an. Sie bietet nicht nur Hilfe bei der Organisation und inhaltlichen Gestaltung des Projekttag an, sondern es können im Sinne der direkten Konfrontation Repressalien und Briefe von ehemaligen Inhaftierten den Schülerinnen und Schülern zur Begutachtung gegeben werden.

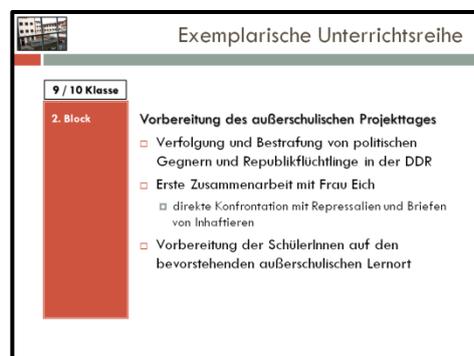


Abb. 7: Unterrichtssequenz - Zweiter Block

Zwischen dem dritten und dem vierten Block erfolgt die Realisierung des außerschulischen Projekttag in der Lindenstraße 54/55. Nach einer kurzen Begrüßung der SchülerInnen durch die Gedenkstättenleiterin erfolgten die vorbereiteten Vorträge der Schülerinnen und Schüler. Im Anschluss stehen die Mitarbeiter der Projektwerkstatt für weitere Fragen zur Verfügung, bevor die Gruppe zu einem Rundgang durch die Räumlichkeiten des ehemaligen Gefängnisses aufbricht. Auch auf dieser kom-

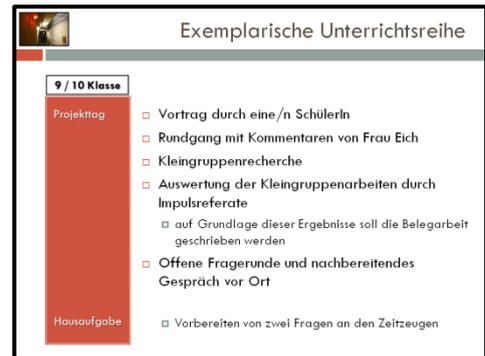


Abb. 9: Unterrichtssequenz - Projekttag

mentierten Führung besteht für die Schülerinnen und Schülern jederzeit die Möglichkeit Fragen zu der Thematik zu stellen. Nach dem Rundgang erfolgt eine kurze Pause, damit sich die SchülerInnen auch untereinander austauschen können. Der Verschnaufpause schließt sich eine Kleingruppenrecherche an, in der die Schülerinnen und Schüler unterschiedliche Arbeitsaufträge auszufüllen haben. Die Grundlagen und benötigten Informationen können die Kleingruppen der thematischen Ausstellung entnehmen. Die Ergebnisse ihrer Recherche stellen die Schülerinnen und Schüler im Anschluss in Form eines Impulsreferates den anderen Teilnehmern des Projekttag vor. Aufbauend auf die Ergebnisse der Recherche soll die abschließende Belegarbeit geschrieben werden. Nachdem alle Gruppen ihre gesammelten Ergebnisse präsentiert haben, besteht die Möglichkeit in einer abschließenden offenen Fragerunde und einem nachbereitenden Gespräch vor Ort den Projekttag zu reflektieren und eventuelle Problematiken zu klären. Bevor die SchülerInnen nach Hause entlassen werden, erhalten sie noch die Aufgabe, vorbereitend auf das Zeitzeugengespräch im vierten Block, sich zwei themenrelevante Fragen zu überlegen, welche man an den Zeitzeugen richten könnte. Um die Unterrichtssequenz abzuschließen, haben sich die Fachlehrer für ein Zeitzeugengespräch entschieden.

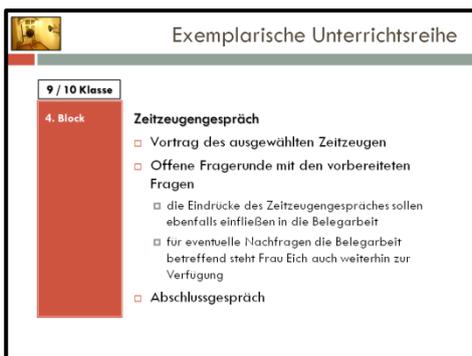


Abb. 8: Unterrichtssequenz - Zeitzeugengespräch

Der eingeladene Referent steht im direkten Zusammenhang mit der umfassenden Problematik und gibt seine Expertise in Form eines ansprechenden schülerorientierten Vortrages an die SchülerInnen weiter. Die SchülerInnen erhalten im Anschluss die Möglichkeit in einer offenen Runde ihre vorbereiteten Fragen an den Zeitzeugen zu stellen. Auch die Eindrücke des Zeitzeugengesprächs sollen in die Belegarbeit einfließen und zur Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex beitragen. Wenn bei dem Schreiben der Arbeit noch

weitere Fragen aufkommen, steht die Lehrkraft oder die Gedenkstättenleiterin mit Rat und Tat zur Verfügung. Um die Unterrichtssequenz im vierten Block abzurunden, kommen alle Schülerinnen und Schüler noch einmal zu einem Abschlussgespräch zusammen, bei dem die Projektwerkstatt reflektiert und letzte offenen Fragen geklärt werden.

## 5. Bemerkungen zum Besuch der Lindenstraße 54/55

Aus unserer Sicht gibt es einige wichtige Dinge, die in Bezug zum Besuch der Gedenkstätte und zur Teilnahme an der dortigen Projektwerkstatt zu beachten sind. Im Vorfeld sollte immer bedacht werden, zu welchem Zweck die Gedenkstätte - oder im Allgemeinen ein außerschulischer politischer Lernort - sinnvoll genutzt werden könnte.

### 5.1 Voraussetzungen zum Besuch der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55

Unseres Erachtens gibt es mehrere zentrale Punkte, die die Gedenkstätte leisten kann. So zeigt sie vor allem geeignet, um den Schülerinnen und Schülern die DDR-Geschichte und die gesellschaftlichen Umstände näher zu bringen. So kann mit der Führung durch das Gefängnis in der Gedenkstätte Empathie bei den Schülerinnen und Schülern hervorgerufen werden. Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 kann dabei auch als erste Berührung mit der DDR-Geschichte genutzt werden. Darüber hinaus befindet sich dieses alte DDR-Gefängnis im Zentrum der Stadt Potsdam. Die Bürger der Stadt Potsdam wussten zu jenen Zeiten zwar, dass es ein Gefängnis dort gibt, allerdings war ihnen nicht bewusst, was hinter den Mauern geschah. Diesen Umstand den Schülerinnen und Schülern klar zu machen, scheint aus unserer Sicht sehr wertvoll. Das derartige Dinge in einer Gesellschaft geschehen könnten, bietet gute Anknüpfungspunkte zur Gegenwart. So sollen die Schülerinnen und Schülern zu mündigen Bürgern erzogen werden und ihre Umwelt reflektieren sowie kritisch hinterfragen. Daher dient die Gedenkstätte als anschauliches Beispiel, dass in einer Gesellschaft Dinge existieren, die sich nicht im (medialen) Fokus befinden. Im selben Kontext führt die Gedenkstätte ebenfalls zum Nachdenken über Menschenrechtssituationen. Darüber hinaus bietet sich hier in der aktuellen Ausstellung die Möglichkeit zu zeigen, dass bürgerliches Engagement durchaus zu Veränderungen führen kann. Zeitzeugen, die aktiv an der friedlichen Revolution der DDR beteiligt waren, können dazu ebenfalls befragt werden. Es bieten sich also eine Reihe von Gelegenheiten, die über das Dargestellte hinausgehen, und in Folge derer die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 als außerschulischer politischer Lernort gewählt werden kann.

### 5.2 Kritik und Verbesserungsvorschläge

Die „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ zeigt sich aus unserer Sicht als geeigneter außerschulischer politischer Lernort. Dennoch haben sich bei unserem Besuch einige Punkte herausgestellt, die aus unserer Sicht dringend beachtet werden müssen oder von der Gedenkstätte selbst verbessert werden könnten. Uns ist bewusst, dass jeder Projekttag unterschiedlich ist. Dennoch lassen sich einige Tendenzen ausmachen, die hier Erwähnung finden sollen. Zunächst ist es uns wichtig hervorzuheben, dass die jeweilige Schülergruppe vorher im Unterricht auf den Besuch vorbereitet werden sollte. Dieser Punkt gilt wohl generell für außerschulische politische Lernorte. Dabei sollten die Schülerinnen und Schüler für das gewählte Thema sensibilisiert werden, um vor allem dem Zeitzeugen den nötigen Respekt zu zeigen.

In Zusammenhang mit dem Zeitzeugengespräch ist es sicher zweckmäßig im Vorhinein Fragen zu entwickeln, sodass eine ertragreiche Unterhaltung überhaupt entstehen kann. Darüber hinaus sollte auch für die Schülerinnen und Schüler transparent gemacht werden, warum die Gedenkstätte besucht wird und ob ein Leistungserfassungsprozess damit verbunden ist. Dabei ist ebenso wichtig, den passenden Zeitraum für einen Besuch zu finden. So wäre ein Projekttag kurz vor dem Ende des Schuljahres sicherlich nur wenig nützlich. Bezüglich der Projektwerkstatt halten wir es für günstig, den Einstiegsvortrag medialer zu gestalten. An dieser Stelle bietet die Gedenkstätte durch eine Tonaufnahme von einem Gespräch zwischen einem Angestellten der Staatssicherheit und einem Verdächtigen eine gute Gelegenheit authentisch und nachvollziehbar Medien einzusetzen. Der Vortrag selbst war bei unserem Besuch eher schlicht gestaltet. Unseres Erachtens bietet sich hier bereits eine gute Gelegenheit, Schülerinnen und Schüler den Vortrag halten zu lassen. Wie bereits erwähnt, stellt die Gedenkstättenleiterin Material dazu zur Verfügung. Weiterhin sollte beachtet werden, den passenden Zeitzeugen in Zusammenarbeit mit der Gedenkstättenleiterin auszuwählen. Demnach wäre es ratsam bei einer Thematik, die sich mit der Wendezeit befasst auch einen Zeitzeugen zu beauftragen, der beispielsweise an der friedlichen Revolution mitgewirkt hat. Außerdem ist es nur wenig nützlich, wenn das Zeitzeugengespräch wie bei unserem Besuch zu einer Buchwerbung wird. Darüber hinaus ist anzumerken, dass beim Rundgang durch das Gefängnis die Schülerinnen und Schüler mehr mit einbezogen werden müssten. Das kann einerseits dadurch geschehen, dass ihnen Fragen zu den einzelnen Objekten gestellt werden. Andererseits besteht die bereits angesprochene Möglichkeit, sie selbst zu einigen Sachverhalten Vorträge halten zu lassen. Im Allgemeinen bietet das Konzept der Projektwerkstatt vielfältige Gelegenheiten, in denen sich die SchülerInnen untereinander die Geschichte des Hauses näher bringen könnten. Ein letzter Aspekt, der nicht unerwähnt bleiben soll ist, dass zumindest eine Nachbearbeitung beziehungsweise Abschlussbesprechung zum Besuch stattfinden sollte, um gemachte Erfahrungen und Ergebnisse zu sichern.

### 5.3 *Schlussbemerkung*

Die „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ ist unseres Erachtens als außerschulischer politischer Lernort geeignet. Sicherlich sind viele Dinge zu beachten, die bei Planung eines Projekttages von Nöten sind. Bedenkt man aber die Vielfältigkeit der Möglichkeiten, die sich dort bieten, ist ein Besuch zu empfehlen. Nicht zuletzt die Projektwerkstatt macht die Gedenkstätte zu einem vergleichsweise guten Lernort. So ist diese speziell auf Schülergruppen ausgerichtet und die Gedenkstättenleiterin weiß dementsprechend, wie ein sinnvoller Projekttag gestaltet werden kann. Darüber hinaus sind die Themenfelder des Rahmenlehrplanes, mit denen ein Besuch der Gedenkstätte verbunden werden kann, wie dargestellt äußerst reichhaltig vorhanden. Demnach kann die „Gedenkstätte Lindenstraße 54“ bei einem gewissen Engagement der zuständigen Lehrerinnen und Lehrern als ein sehr ertragreicher Lernort bezüglich der Politischen Bildung dienen.

---

## Literatur- und Quellenverzeichnis

---

- Borbe, A. (2010). *Die Zahlen der Opfer des SED-Regimes*. Erfurt: Landeszentrale für Politische Bildung.
- Dümmel, K. (2002). *Aufbau und Struktur der Stasi. Das Linienprinzip*. Sankt-Augustin: Zukunftsforum Politik.
- Fuchs, P. (2008). *Rassistische und politische Verfolgung in Potsdam – Zur Topographie und Geschichte es Haft- und Gerichtsortes Lindenstraße 54/55*. In: *Strafjustiz im Nationalsozialismus (S.113ff)*. Hertle, H.-H. & Schaarschmidt (Hrsg.). Potsdam: Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam e.V.
- Fricke, K. (2006). Stacheldraht gegen „Landesverrat“. *Die Politische Meinung*. S. 66-70. Heft Nr. 441/2006.
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Land Brandenburg (2010). *Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I. Jahrgangsstufen 7 – 10*.
- Muench, F. (2011). *Die Lindenstraße 54/55 als sowjetisches Geheimdienstgefängnis*. Potsdam: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.
- Schaare, G. (2000). *Das „Lindenhotel“ in Potsdam – vom barocken Wohnhaus zum Stasi-Knast*. Potsdam: Universität Potsdam.
- Schnell, G. (2005). *Das Lindenhotel – Berichte aus dem Potsdamer Geheimdienstgefängnis*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Schüler, H. (2007). Das Potsdamer Gefängnis in der Lindenstraße 54/55 – ein Ort der Mahnung. *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien*. S. 30-34. Heft 40-41/2007.
- Stetter, C. (2005). *Die Stasi*. In: *Politik & Unterricht – Leben in der DDR (S. 9-14)*. Frick, L. (Hrsg.). Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag GmbH.
- Strehlow, H. (2004). *Die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Potsdam*. Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.
- Tantzsch, T. (1998). *Die verlängerte Mauer*. Berlin: BStU.
- Wittenberg, H. (2000). Das „Lindenhotel“. *HORCH UND GUCK – Zeitschrift für kritische Aufarbeitung der SED-Diktatur*. S. 10-12. Heft 32/2000.

## **Potsdam als Ort der Revolution**

*Der Öffnung der Grenze am 9. November 1989 gingen verschiedene Protestaktionen seitens der Bevölkerung voraus. Diese Aufgaben sollen euch helfen die eigentlichen Ursachen des Mauerfalls zu erörtern.*

### Aufgaben

1. Informiert euch auf der Tafel „ Der Bezirk Potsdam in den 1980er Jahren“ über die Bedeutung Potsdams in der DDR! Beachtet Probleme, die es gab, und wofür Potsdam bekannt war.
2. Sammelt nun im ersten, zweiten und dritten Raum Informationen über lokale (Protest)Aktionen in und um Potsdam. Nutzt diese Tafeln „Der Olof-Palme-Friedensmarsch“ (Raum 1), „Schweigen für den Frieden“ (Raum 1), „ Gegen das Waldsterben in der DDR“ (Raum 1), „Sternmarsch nach Caputh“ (Raum 2), „Pfungstbergfest“( Raum 2), „Trommeln für China“ (Raum 2) und „Wir sind das Volk“ (Raum 3). Vielleicht findet ihr ja noch eine praktische Übersicht? Nutzt auch die Hörstation in der Mitte des zweiten Raumes. Hört euch den Bericht von Martin Kwaschik über das Klagetrommeln für China an. Erklärt, wie sie gegen ein Verbot der Polizei vorgegangen sind.
3. Findet heraus, wie die Potsdamer den 40. Jahrestag der DDR begangen haben. Tragt zusammen, wo Demonstrationen stattgefunden haben. Benennt auch die möglichen Konsequenzen für die Teilnehmer. Nutzt die Tafeln „ Protest am 40. Jahrestag der DDR“ (Raum 2) und „Wir sind das Volk!“ (Raum 3).
4. Betrachtet die beiden großen Bilder an den Wänden des zweiten und dritten Raumes. Wie, denkt ihr, fühlen sich die beiden rechten Polizisten auf dem ersten Bild? Sucht mit Hilfe des zweiten Bildes (von den Demonstranten) drei Forderungen auf Menschenrechte heraus. Nutzt auch die kleine Tafel neben dem Text „Wir sind das Volk!“
5. Geht nun weiter durch die Ausstellung in den fünften Raum. Informiert euch dort über den „Potsdamer Runden Tisch“ Findet heraus, welchem Zweck diese Einrichtung diene.
6. Nennt eine weitere Versammlung der Bürgervertretung und deren Aufgaben.

## Vom Haus des Terrors zum Haus der Demokratie

*Das ehemalige Staatssicherheitsgefängnis wurde ab Oktober 1989 nicht mehr als solches betrieben und bald eine Heimat für demokratische Parteien und Verbände.*

### Aufgaben

1. Lest die Tafel „Kontrolle und Auflösung der Stasi“. Informiert euch über das Thema und erklärt den Prozess der Verkollerung. Erklärt, warum sich der Rat der Volkskontrolle bildete.
2. An der Wand seht Ihr ein großes Bild des „Lindenhotels“. Findet mit Hilfe dieses Bildes und der Tafel „Oppositionsgruppen in der Lindenstraße und ihre Vertreter am Runden Tisch des Bezirks“ heraus, welche Gruppen in das ehemalige Untersuchungsgefängnis einzogen.
3. Auf den Bildern rund um die Tafel „Vom Haus des Terrors zum Haus der Demokratie“ ist der erste „Tag der offenen Tür“ in der Lindenstraße 54/55 zu sehen. Vermutet, warum dieses Angebot von so vielen Menschen angenommen wurde? Versetzt euch in die Besucher hinein. Was ist in ihnen vor sich gegangen?
4. Wenn ihr durch die Tür auf den Flur tretet, findet ihr zu Eurer Rechten eine Hörstation. Sammelt damit Informationen zur „Einnahme“ des „Lindenhotels“ durch die Opposition. Nutzt die Berichte von Jes Müller, Grit Poppe und Detlef Kaminski. Lest auch die Tafel „Kontrolle und Auflösung der Stasi“, um herauszufinden, was mit der Bezirksverwaltung der Stasi geschah!
5. Diskutiert welche Ziele die Opposition nach 1990 gehabt haben könnte?
6. Begründet: Findet ihr es gut, dass die Opposition ins „Lindenhotel“ einzog? Welche Vor- und Nachteile ergaben sich?

## **Friedliche Revolution 1989 „Demokratie-Jetzt oder nie!“**

*Der Öffnung der Grenze am 9. November 1989 gingen verschiedene Protest- und Widerstandsaktionen seitens der Bevölkerung voraus. Diese Aufgaben sollen euch helfen die eigentlichen Ursachen des Mauerfalls zu erörtern.*

### Aufgaben

1. Informiert euch im ersten Raum über „Perestroika“ und „Glasnost“. Findet heraus wer „Gorbi“ damals war und welchen Bezug er zur friedlichen Revolution in der DDR hatte! Nutzt die Tafel unter dem Transparent „Freiheit ist immer auch die Freiheit der Andersdenkenden“!
2. Sammelt an der Tafel „Waldsterben in der DDR“ Informationen über die Umweltprobleme, die es in der DDR gab und deren Ursachen. Nennt eine Protestaktion!
3. Geht einen Raum weiter. Betrachtet die Tafel „Kommunalwahlen am 7. Mai 1989“. Findet heraus, wie der Wahlbetrug aufgedeckt werden konnte!
4. Im vierten Raum findet Ihr die Tafel „Der Fall der Mauer“. Informiert euch über das Thema und erklärt welche Rolle Günter Schabowski bei der Grenzöffnung inne hatte. Betrachtet auch die Bilder im vierten Raum. Welche Stimmung drücken sie aus? Was ist in den Menschen vor sich gegangen?
5. Vermutet was der Mauerfall für die Menschen in der ehemaligen DDR bedeutet hat.
6. Fasst zusammen, was der Mauerfall für die ehemalige SED-Herrschaft bedeutet hat (Tafel: „Niedergang der SED-Herrschaft“).

## Anfrage zum Projekttag „Ein Tag in Potsdam - Geschichte erleben“

Modul I „Auf den Spuren brandenburgisch-preußischer Geschichte“

Modul II „Auf den Spuren der DDR“

Verantwortlicher Lehrer	
Name der Schule und Ausrichtung bzw. Schwerpunkt	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Landkreis	
Telefonnummer	
Faxnummer	
E-Mail	
evtl. privat erreichbar:	
Wunschtermin	
Welches Modul?	Modul I „Auf den Spuren brandenburgisch-preußischer Geschichte“
Bitte ankreuzen:	Modul II „Auf den Spuren der DDR“
Schulklasse/ Jahrgangsstufe	
Besondere Wünsche	
Personenzahl: Schüler Begleitpersonen	

### Nur zum Modul I

Historisches Mittagessen gewünscht	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
Schülerzahl	
Zahl der Begleitpersonen	

Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular an das Projektbüro im HBPG.

E-Mail: [fuehrungsbuero@hbpg.de](mailto:fuehrungsbuero@hbpg.de)

Fax: 0331/ 620 85-65 oder -59

**Die Anmeldung ist erst nach der schriftlichen Bestätigung des Termins durch das HBPG gültig.**

Woher haben Sie von diesem Angebot erfahren?
--